
Lutz Niethammer

Entwicklungslinien internationaler Arbeitsteilung und Folgen für die nationale Gewerkschaftspolitik*

Prof. Dr. Lutz Niethammer, Jahrgang 1939, studierte Geschichte, Sozialwissenschaften und Evangelische Theologie in Bonn, Köln, Heidelberg und München. Er ist Professor für Neuere Geschichte an der Universität Essen — Gesamthochschule. Lutz Niethammer hat sich besonders mit Problemen der Geschichte nach 1945 befaßt, z. B. mit der Entnazifizierung, der Politik der NPD, der Entwicklung der europäischen Gewerkschaften sowie mit sozialgeschichtlichen Studien zur Arbeiterwohnungsfrage.

Wie alle gängigen Modevokabeln ist der Begriff der „internationalen Arbeitsteilung“ einer, der mißverständlich ist und viele Assoziationen weckt. Wenn man vom Sprachgebrauch ausgeht, könnte man denken: Wir haben eine Arbeit. Und die teilen wir uns, jetzt auch noch international - dann müssen wir alle immer weniger malochen. Dahinter verbirgt sich jedoch ein tückischer, aber historisch durchaus zu

* Dieser Text ist die Niederschrift eines in freier Form gehaltenen Beitrags zu einer Vorlesungsreihe über aktuelle Probleme der Gewerkschaftspolitik, die im Wintersemester 1980/81 im Rahmen der Kooperationsvereinbarung zwischen der Ruhr-Universität Bochum und der IG Metall stattfand. Daß die Veranstalter mit dem von ihnen formulierten Thema einen Nicht-Spezialisten des Entwicklungsproblems betrauten, habe ich als Herausforderung verstanden, allgemeinere Fragen und Zusammenhänge aufzuwerfen. Diesem einführenden Charakter entsprechend habe ich auf Nachweise aus der Spezialliteratur verzichtet, möchte jedoch auf einige Titel hinweisen, die auch dem allgemein Interessierten ein weiteres Eindringen in die Problematik erleichtern. Über den Hintergrund der Kolonial- und Entwicklungsproblematik kann man sich anhand knapper kontroverser Aufsätze in den Zeitschriften „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“ Jg. 32 (1981) Heft 1 und „Journal für Geschichte“ (1980) Heft 2 u. 5 informieren. Eine ausgezeichnete knappe Informationszusammenstellung in Schaubildern ist das kleine Werkbuch Rudolf H. Strahm: Überentwicklung ~ Unterentwicklung, Stein bei Nürnberg 1975. Eine neuere breitere Bestandsaufnahme,

malochen. Dahinter verbirgt sich jedoch ein tückischer, aber historisch durchaus zu rechtfertigender technischer Sprachgebrauch, der ein herrschaftliches Zerkleinern und Verteilen der Arbeit bezeichnen will. Er meint, daß die Arbeit zunächst als Zusammenhang zerrissen wird, daß die eine große Arbeit, die einen großen Kopf verlangte, in Arbeitsschritte unterteilt wird, die nur noch Gliedmaßen erfordern, die entsprechende Maschinen bedienen; und dann, daß die Arbeit dort zugeteilt wird, wo ihre Kosten, sprich: ihre Entlohnung am geringsten ist. Nur in diesem kritischen Sinn ist heute von einer „neuen internationalen Arbeitsteilung“ die Rede und zwar im Gefolge einer bedeutenden Studie des Max-Planck-Instituts in Starnberg. Ich stelle diesen Begriff in die Mitte, nehme aber einige weitere aktuelle Probleme des Nord-Süd-Konflikts hinzu, die nicht notwendig direkt mit diesem Begriff zu tun haben.

Die Problematik „nationaler Gewerkschaftspolitik“ und gar der „Folgen“ für sie steht auf einem ganz anderen Blatt. Eine nationale Gewerkschaftspolitik haben wir heute im internationalen Raum nur noch sehr selten, und für uns Deutsche ist eine „nationale“ Position natürlich noch besonders belastet. Aber im Nord-Süd-Konflikt sind wir längst eingebettet in bestimmte regionale und richtungspolitische Zusammenschlüsse (wie EGB und IBFG), wenn nicht in die Regierungsberatung der Regierungschefs des Clubs der Reichen - und solche Regionalisierungen greifen in diesem Zusammenhang auch auf der Ebene der Einzelgewerkschaften. Das Subjekt „nationale“ Gewerkschaft ist in diesen Zusammenhängen gar nicht mehr wirklich isolierbar. Vielmehr ist es eher ein Indikator dafür, daß wir uns gegenüber den Problemen globaler Zusammenarbeit und Konkurrenz am Ende des 20. Jahrhunderts immer noch selbst so definieren, als könnten wir die wohlabgegrenzten Begriffe des späteren 19. Jahrhunderts dafür einsetzen.

Vom Kolonialismus zum Nord-Süd-Konflikt

Wenn wir heute von neuen Problemen zwischen den Gesellschaften der Industrie- und der sog. Entwicklungsländer sprechen, so wird damit zunächst einmal die Erinnerung an alte Probleme wachgerufen. Diese geschichtliche Verknüpfung kann hier nur mit drei Stichworten in den Horizont unserer Erörterung hereingeholt werden, weil ohne sie der aktuelle Problemstand gar nicht verstanden werden könnte.

Das Nord-Süd-Problem wurzelt in der kolonialen Ausbreitung Europas seit dem 15. Jahrhundert und in seiner Ausbeutung und Überfremdung der südlichen zwei

nämlich der Bericht der Nord-Süd-Kommission, ist auch als Taschenbuch greifbar: Das Überleben sichern, mit einem Vorwort von Willy Brandt, Köln 1980. Die wichtigste neuere empirische Analyse ist bei rororo-aktuell erschienen: Folker Fröbel/Jürgen Heinrichs/Otto Kreye: Die neue internationale Arbeitsteilung, Reinbek 1977. Vgl. auch Otto Kreye (Hg.): Multinationale Konzerne, Reihe Hanser, München 1974, und didaktisch aufbereitet Gerhard Breidenstein: Internationale Konzerne, Reinbek 1977. Die breiteste Informationsgrundlage für den Problembereich „Gewerkschaften und Entwicklungspolitik“ (hrsg. v. Gerhard Leminsky und Bernd Otto, Köln 1975) findet sich in einem leider bereits vergriffenen Sammelwerk des Bund-Verlags. Vgl. aber zu einem der wichtigsten Teilprobleme Ernst Piehl: Multinationale Konzerne und internationale Gewerkschaftsbewegung, Frankfurt 1974; Kurt P. Tudyka (Hg.): Multinationale Konzerne und Gewerkschaftsstrategie, Hamburg 1974.

Drittel der Erde. Unstrittig ist weithin, daß der Kolonialismus für die neuzeitliche wirtschaftliche Entwicklung Europas ebenso wesentlich wie seine Fremdherrschaftsform mit den Selbstbestimmungsprinzipien der westlichen Demokratie unverträglich war. Strittig sind in der Diskussion wie eh und je die Rückwirkungen des Kolonialismus auf die „Peripherie“, wie im wissenschaftlichen Sprachgebrauch die von den Zentren des Imperialismus aus beherrschten Länder vor allem Asiens, Afrikas und Süd-Amerikas bezeichnet werden. Die Anwälte des Imperialismus haben immer gesagt, daß mit der Erschließung der Peripherie für den Weltmarkt und für die moderne industrielle Weltkultur überhaupt erst die Grundlagen für eine Entwicklung jener Gebiete geschaffen worden seien, die zuvor eine stagnierende Zusammenballung von Armut, Krankheit, Aberglauben und Despotie gewesen seien. Ihren Gegnern ist es aber zunehmend gelungen zu erweisen, daß der Kolonialismus wirtschaftliche Entwicklungspfade auf einheimischer Grundlage abgebrochen und Eigenkulturen zerstört hat, die wir immer deutlicher als differenzierte Alternativen zur zwanghaften europäischen Dynamik zu würdigen vermögen.

Das zweite Stichwort betrifft jene frühe Entwicklungspolitik vor allem der USA und der westeuropäischen „Zentren“, die der Dekolonialisierung, also der erkämpften oder gewährten Überführung der einstigen Kolonien in politische Selbstverwaltung folgte. Diese Entwicklungspolitik atmete kolonialen Geist, denn sie ging von den Grundannahmen des Imperialismus aus: nämlich daß die Industriegesellschaften das Modell der Welt seien und daß die Andersartigkeit der Dritten Welt als Modernisierungsrückstand aufgefaßt werden müsse. Innerhalb dieses Rahmens sei eine Arbeitsteilung, die das Know-how in den Industrieländern und die „frühen“ wirtschaftlichen Entwicklungsschwerpunkte (landwirtschaftliche Produktion und Rohstoffausbeutung überwiegend für den Export in die Industrieländer) in den Entwicklungsländern konzentriere, sinnvoll. Die Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd müsse im wesentlichen darin bestehen, daß der Norden den Entwicklungsprozeß steuere und Kapital zur Entwicklung der natürlichen Reichtümer und zum Einsatz der Arbeitskräftereserven der Drittländer transferiere. Kurzfristig war diese Politik ein nördlicher Sieg, weil sie imperialistische Strukturen informell in die Phase der staatlichen Selbständigkeit der Drittländer verlängerte. Als Entwicklungsprozeß war sie jedoch ein Fehlschlag, weil die sozioökonomischen Disparitäten zwischen Nord und Süd und innerhalb der südlichen Länder unter ihrem Einfluß allenthalben gewachsen sind und ein einheitliches Modernisierungsmodell heute irrealer denn je erscheint. Mit anderen Worten: der Reichtum im Norden wächst ebenso wie die Armut im Süden, und ein einstmals für uns selbstverständlicher gemeinsamer Rahmen wird nun unter dem Druck wachsender Probleme immer fieberhafter gesucht.

Das dritte Stichwort, „Dritte Welt“, bezeichnet den Versuch staatlicher Repräsentanten farbiger Völker, ihr Verhältnis zur Welt des „weißen Mannes“ und zu dem von dort ausgehenden und in der Form alternativer Gesellschaftsordnungen die ganze Welt umspannenden Ost-West-Konflikt politisch zu bestimmen. Dieser Ver-

sich, das Gemeinsame in der Lage der Entwicklungsländer zu betonen und diese aus dem Ost-West-Konflikt herauszuhalten, ist seit der Bandung-Konferenz von 1955 immer wieder erneuert worden, aber hatte nur beschränkt Erfolge. Die Widerstände der Großmächte, ihre Einflußzonen zu begrenzen oder sich gegeneinander ausspielen zu lassen, waren dabei ebenso wirksam wie die regionalen Konfliktpotentiale in der Dritten Welt selbst und deren ökonomische und militärische Abhängigkeiten, ihre unterschiedlichen Ressourcen und Interessen. Zudem stellten sich die Großmächte selbst als ein jeweiliges Modell anti-kolonialer bzw. anti-imperialistischer gesellschaftlicher Entwicklung dar und es ist auch im Westen argumentiert worden, daß die gesellschaftliche Entwicklungsproblematik in der Sowjet-Union und in China einen besseren Vergleich mit der Lage vieler Entwicklungsländer als mit West-Europa oder den USA oder zwischen diesen und den Drittländern erlaube. Auf einer Ebene, auf der es zunächst um die Abwehr auswärtiger Ausbeutung und die Sicherung einer Grundversorgung der Bevölkerung und der Grundlegung von Entwicklungsvoraussetzungen gehe, könne nämlich das sowjetische „Modell“ mit der nationalen Kontrolle der Ressourcen und gesteuerter Gleichmäßigkeit der infrastrukturellen Ausstattung und der Verteilung knapper Ressourcen locken. Auf der anderen Seite seien die Vorzüge westlicher Freiheit und Dynamik auf den sozialen Entwicklungsstand der Dritten Welt offenbar kaum zu übertragen, weshalb auch der größere Teil der westlichen Klientel unter den Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas aus militärischen und ähnlichen Diktaturen bestehe. Angesichts der politischen Stagnation des Dritte-Welt-Konzepts und der zunehmenden Disparität zwischen den reichen und den armen Ländern hat sich deshalb in den 70er Jahren die Begriffsbildung vom politischen auf das ökonomische Gebiet verschoben, was in der neuen Metapher vom Nord-Süd-Konflikt seinen deutlichsten Ausdruck fand. Denn dieser Begriff will ja darauf hinweisen, daß schon jetzt der ökonomische Gegensatz zwischen den Industriegesellschaften und den Entwicklungsgesellschaften wichtiger sei als ihre jeweilige politische Binnendifferenzierung und daß aus diesem ökonomischen Konfliktpotential der zentrale politische Konflikt der Zukunft erwachsen könne. Aus der Wunschvorstellung einer Dritten Welt ist die Angstvorstellung des Nord-Süd-Konfliktes geworden. Freilich wird man nicht übersehen können, daß viele sich an der Mobilisierung entsprechender Ängste nicht so sehr deshalb beteiligen, weil sie an das Eigeninteresse des Nordens zur Abdämpfung künftiger Konflikte appellieren, sondern weil sie aus mitmenschlicher Solidarität die weltwirtschaftliche Ordnung zugunsten des Südens verändern wollen.

Neue Entwicklungen im Nord-Süd-Konflikt

Welches sind nun die für die gewerkschaftliche Politik am meisten relevanten neuen Entwicklungen im Nord-Süd-Konflikt, neu gegenüber dem Kolonialismus, der Modernisierungsutopie nach Modellen des Nordens und der Hoffnung auf eine Lösung der ökonomischen Probleme durch die politische Verselbständigung und Kooperation des Südens? Ich möchte fünf Punkte betonen.

Der Nord-Süd-Konflikt ist nichts Fernes, das irgendwo weitab am Äquator stattfindet; er hat immer unmittelbar mit unseren Gesellschaften zu tun. Am deutlichsten ist das beim ersten Punkt, der bezeichnenderweise gemeinhin gar nicht in diesem Zusammenhang gesehen wird: die *Frage der immigrierenden Wanderarbeiter*, die wir am liebsten nur als „Gastarbeiter“ betrachten wollten. Sie sollten vor allem in den Zeiten des Booms, aber auch noch danach kommen, um diejenigen Arbeiten zu verrichten, die wegen ihrer Schmutzigkeit, ihrer Gleichförmigkeit, ihrer gesellschaftlichen Verachtung oder geringen Bezahlung von Einheimischen abgelehnt wurden. Aber - wie es eine späte Einsicht formuliert - wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen, die über die Jahre soziale Beziehungen trotz aller Diskriminierung aufbauten, ihre Familien mitbrachten, häufig nicht mehr in ihre Herkunftsländer zurückkönnen, ohne dort ins Nichts zu fallen. Trotz Anwerbestopp und Ausländerpolizei haben sich die Kollegen und Kolleginnen aus den Entwicklungsrandzonen Europas als eine Notwendigkeit unseres Arbeitsmarktes erwiesen, die auch unter den Bedingungen wachsender Arbeitslosigkeit nicht einfach ersetzt werden können. Aber sie werden in einem minderen Rechtsstatus gehalten, damit sie eine Pufferfunktion wahrnehmen: Hier soll ihre Anwesenheit je nach Arbeitskräftebedarf disponibel bleiben, in ihren Herkunftsländern sollen strukturelle Entwicklungsschwächen durch die Verschleierung der Emigration und durch Devisenrücküberweisungen kaschiert werden. Außerdem haben diese Arbeiter den Vorteil, daß durch ihren niederen Rechtsstatus die deutlichsten sozialen Probleme bei uns keinen politischen Ausdruck an der Wahlurne finden - in manchen Städten der Bundesrepublik ist bis zu ein Fünftel der Erwerbstätigen ohne Wahlrecht, wodurch sich das gesamte politische Spektrum verschiebt. Mit dem Heranwachsen der zweiten Generation dieser Ausländer sind aber die sozio-kulturellen Probleme unabweisbar geworden: ethnische Ghettos, gemischt-kulturelle Schulen, strukturelle Qualifizierungsbarrieren, Jugendarbeitslosigkeit und Kriminalität.

Die Gewerkschaften haben sich schon frühzeitig für die Gleichstellung der Ausländer bei der Entlohnung eingesetzt, um die Konkurrenz am Arbeitsmarkt, die diese Reservearmee des Kapitals darstellt, wenigstens zu formalisieren und ein Unterhungern der Tarife durch die Ausländer, die sich zuhause mit sehr viel geringeren Einkünften hätten abfinden müssen, zu verhindern - ein Erfolg, der aber in den Randbereichen des Arbeitsmarktes schwer umzusetzen war. Sie haben die Ausländer auch in die deutschen Gewerkschaften hereinzuholen versucht und deren Organisationsgrad steht in der Tat dem der deutschen Arbeitnehmer nur wenig nach; dennoch kann von einer angemessenen Repräsentation der Ausländer in den Betriebsräten und im Gewerkschaftsapparat keine Rede sein. Als die Arbeitslosigkeit zunahm, haben nicht zuletzt die Gewerkschaften zum Anwerbestopp beigetragen. Dieser war aber erstens nur begrenzt wirksam, weil er die Arbeitsmigration innerhalb der EG und einiger assoziierter Gebiete nicht berühren konnte. Vor allem

sind seither die verschleierte Formen der Migration angestiegen: das Nachholen der Familien, die illegale Immigration, Asylanten, bei denen politische und wirtschaftliche Gründe oft schwer zu unterscheiden sind, und die aus immer weiter entfernten Ländern kommen und die sozio-kulturelle Vielfalt der Ausländerszene vermehren. Das schafft Konfliktstoffe in sich, am Arbeitsmarkt, in den Wohnvierteln und Schulen, auch zwischen den Ausländern und den Deutschen, gerade denen, die ebenfalls in schwierigen sozialen Verhältnissen leben.

Deshalb ist seit Jahren der Chor der Stimmen angeschwollen, die die Einwanderung stoppen, wenn nicht rückgängig machen wollen. Im Kern ist dies freilich gar nicht möglich. Einmal dürfte der größte Teil der Ausländer wegen der Art ihrer Tätigkeiten am Arbeitsmarkt nicht ersetzbar sein. Zweitens gibt es die Freizügigkeit in der EG und damit vielfältige, auch indirekte Zugangsmöglichkeiten. Und Liberalität in der Asylantenfrage steht unserem Land nicht nur wegen seines Reichtums wohl an, sondern auch wegen der andernorts mehr als hier verbreiteten Erinnerung, daß vor wenigen Jahrzehnten beachtliche Teile unserer geistigen und politischen Eliten den Schergen Hitlers nur entkommen konnten, weil sie in anderen Ländern Aufnahme fanden. Wo die Probleme politisch nicht lösbar sind, die Suche unseres Kapitals nach Anlagemöglichkeiten bei Absenkung der Lohnkosten jedoch unvermindert bestehen bleibt, ist der ökonomische Rat wirksamer geworden, diese inwendige Form des Imperialismus durch eine auswärtige abzulösen, d. h. an die Stelle des Arbeitskräfteimports den Kapitalexport und die Produktionsverlagerung in Niedrig-Lohn-Länder treten zu lassen.

Damit hat sich die Bundesrepublik im letzten Jahrzehnt zunehmend an einer neuen Form der „internationalen Arbeitsteilung“, in der andere Länder wie England oder die USA schon größere Erfahrung besitzen, zu beteiligen begonnen, dem Aufbau sog. *Weltmarktfabriken*, einer besonderen Form der multinationalen Unternehmen. Unter den Bedingungen weltweiter Produktverteilung und beschleunigter und verbilligter Massentransportmöglichkeiten versteht man unter Weltmarktfabriken die Verlagerung von Fertigungsbetrieben aus den Industrieländern in Niedrig-Lohn-Regionen. In der Regel handelt es sich um solche Fertigungen, die einen hohen Anteil an Lohnkosten und zwar für un- oder angelernte Tätigkeiten haben und nicht weiter oder nur unwirtschaftlich zu rationalisieren wären. Dieser Teil der Fertigung wird dann in solche Gegenden verlagert, die eine unendliche Reservearmee an Arbeitssuchenden haben und wo deshalb Arbeitskräfte zu niedrigem Lohn und unter fast allen Arbeitsbedingungen zu haben und ggf. auch zu ersetzen sind. Häufig werden junge, ungelernete Frauen beschäftigt, weil bei diesen solche Ausbeutungsmöglichkeiten am größten sind. Die entsprechenden Staaten kommen den europäischen Unternehmen deshalb, weil sie damit die Arbeitslosigkeit vermindern können, oft sehr weit entgegen und bieten nicht nur die Widerstandsunfähigkeit ihrer Bevölkerung (geringe Löhne, wenig Streiks, unentwickelte Arbeiterbewegung, Willigkeit) nachgerade an, sondern schaffen auch sog. freie Produktionszonen,

wo entsprechende Fertigungen angesiedelt werden können, ohne Zoll- und Steuerabgaben an das jeweilige Land zu entrichten, wo Grundstücks- und Erschließungskosten zuweilen noch bezuschußt werden und die Transportverhältnisse besonders günstig sind. Solche Produktionsverlagerungen werden häufig als privatwirtschaftlicher Beitrag zur Entwicklungshilfe angepriesen; bei genauerem Zusehen kann davon aber meist keine Rede sein. Die Arbeitskräfte bleiben austauschbar und werden nicht weiterqualifiziert, da die qualifizierten Unternehmensbereiche (wie Management, Forschung, Entwicklung und eine Stammarbeiterschaft erfordernde Produktionsbereiche) im Mutterland verbleiben. Die Investitionen haben im Fertigungsland auch kaum andere konstruktive Nebenwirkungen, da sie hochtechnisiert sind, kaum einheimische Zulieferbetriebe benötigen und auch überwiegend nicht nur für den lokalen Markt arbeiten. Schließlich sind sie in den freien Produktionszonen nicht nur sozusagen exterritorial und leisten keinen Beitrag zur Entwicklung der Infrastruktur, sondern zuweilen auch von kurzer Dauer und werden bei veränderten Produktionsbedingungen in einem anderen Teil der Welt wieder aufgegeben, ohne daß sich dem sozialstaatliche Hinderungen oder andere lokale Loyalitäten entgegenstellen würden. Auch fällt der durch die Ausnutzung der Unterschiede zwischen den Arbeits-, Waren- und Kapitalmärkten erwirtschaftete Gewinn nur in Ausnahmefällen in dem jeweiligen Entwicklungsland an, sondern in der Regel im Mutterland oder in irgendeiner Nische dazwischen, wo der Steuerzugriff des Staates und die Mitbestimmung der Beschäftigten gering sind oder überhaupt fehlen.

Der Beitrag zur Entwicklung der Entwicklungsländer ist bei den sog. Weltmarktfabriken also meist nicht erkennbar; man könnte eher von einem Stagnationsbeitrag sprechen, weil zwar durchlaufende Gruppen von Arbeitskräften vorübergehend beschäftigt werden, aber keine konstruktiven Nebeneffekte auf die umgebende Wirtschaft ausgehen und auch keine Qualifikation des Arbeitskräftepotentials bewirkt wird. Die Rückwirkungen auf die Entwicklungsproblematik sind also ähnlich wie bei der Arbeitsmigration, aber die sozio-kulturellen Folgeprobleme der Industriebeschäftigung werden aus den Metropolen herausgehalten und auf die Peripherie überwältzt. In den Industrieländern stärkt diese Art der Entwicklungshilfe die Konzentration wirtschaftlicher Verfügungsmacht, die Vereinseitigung der Beschäftigungsstruktur zugunsten der besser Qualifizierten und Bezahlten, sowie die Tendenz zur Rationalisierung und damit zur Umqualifizierung oder Arbeitslosigkeit, auch über den Entzug der verlagerten Arbeitsplätze hinaus. Es ist insofern kein Wunder, daß Gewerkschaften und Betriebsräte mit den Mitteln der Mitbestimmung immer wieder bremsend auf die Errichtung von Weltmarktfabriken durch Fertigungsverlagerung einzuwirken versucht haben; sie sind dabei aber häufig auf die Grenzen ihrer Mitbestimmungsmacht gestoßen. Im zweiten Schritt haben dann einige Betroffenenengruppen, z. B. im Textilbereich, nach direkten oder indirekten protektionistischen Maßnahmen gerufen, was aber bei den Kollegen in den stärker exportorientierten Branchen auf wenig Verständnis traf. Insgesamt wurden die Spielräume für gewerkschaftliches Handeln zwischen dem Import von Arbeitskräf-

ten, deren Anwesenheit objektiv auf die Löhne drückt, der Humanisierung der Arbeit entgegenwirkt und sozio-kulturelle Konfliktfelder schafft, und dem Export von Kapital, sprich Arbeitsplätzen, mit den Folgewirkungen verschärfter Rationalisierung und größerer Verfügungsmacht auf Seiten der Unternehmer, als sehr gering erfahren.

Die dritte neue Entwicklung im Nord-Süd-Konflikt habe ich bereits in anderem Zusammenhang erwähnt: alle globalen Indikatoren weisen daraufhin, daß die bisherige Entwicklungspolitik es nicht vermocht hat, die *Disparitäten zwischen den reichen und den armen Gesellschaften* zu verringern; im Gegenteil, die Spanne wächst. Zwar könnte man einwenden, daß trotz negativer Veränderungen in den Relationen objektiv der Lebensstandard in den armen Regionen gestiegen sei; aber nicht einmal dies ist mit Sicherheit zu sagen und außerdem würde es wenig bedeuten. Es gibt dafür keinen stabilen meßbaren Standard, da auch die Grundbedürfnisse armer Gesellschaften nicht definabel sind, sondern jeweiligen sozio-kulturellen Veränderungen unterliegen. Jedenfalls darf man nicht übersehen, daß große Teile der Entwicklungsländer allenfalls in Armut, Hunger und infrastruktureller Unterversorgung jeder Art stagnieren und elementare Natureinwirkungen nicht beherrschbarer geworden sind, sondern nach wie vor — und z. T. sogar aufgrund neuer Ursachen - Massenelend und Massensterben verursachen. Diese wachsende Kluft zwischen arm und reich im Weltmaßstab, die anhaltenden Hungersnöte und vergleichbare Verelendungserscheinungen in ganzen Weltregionen und der drohende Staatsbankrott mehrerer Entwicklungsländer steht hinter den immer dramatischeren Formen, in denen die Spezialisten wie die von Willy Brandt geleitete Nord-Süd-Kommission die Industrieländer mahnen, einen größeren Teil ihres Reichtums mit den Entwicklungsländern zu teilen.

Die Erfahrung des letzten Jahrzehnts hat dabei zwei unterschiedliche Entwicklungen unübersehbar gemacht, die beide die Modernisierungshoffnungen der alten Entwicklungspolitik des Westens begraben haben. Die eine ist die Ausbildung der sog. Vierten Welt, d. h. einer umfangreichen Gruppe von Staaten vor allem in Asien und Schwarzafrika, die aufgrund von Ressourcenarmut und Bevölkerungswachstum allgemein stagnieren oder verelenden und im besonderen durch die Rückwirkungen der Weltwirtschaftskrise des letzten Jahrzehnts, namentlich die Verteuerung der Energie- und Transportkosten, am Rande der wirtschaftlichen Katastrophe vegetieren. Die andere Erfahrung ist die der extrem ungleichmäßigen Entwicklung kapitalistischer Entwicklungsgesellschaften - hier wiederholen sich in zugespitzter Form historische Prozesse der europäischen Industrialisierungsphase. Die Modernisierung einzelner Regionen, Branchen oder Schichten verhindert nicht nur nicht, daß andere von der Entwicklung ausgeschlossen bleiben, sondern z. T. kumulieren sich ursprüngliche Armut, die aber in einer sich verändernden Gesellschaft in einer neuen und katastrophaleren Weise erfahren wird, mit Rückwirkungen kapitalintensiver Industrialisierungsvorhaben, die eine neue Verarmung bisher gesunden bo-

denständigen Gewerbes bedeuten. Mit anderen Worten ist deshalb in der „Dritten Welt“ fast überall ein simultanes Anwachsen von partiellem Reichtum und partieller Armut zu konstatieren. Hier endet aber auch die Parallele mit dem Europa des 19. Jahrhunderts: Auf der einen Seite konnte in Europa immer mit den Reservearmeen des Elends aus benachbarten Ländern (etwa Irlands in England, Polens in Deutschland) argumentiert werden, während es sich nun überwiegend um innerstaatliche Disparitäten handelt; andererseits war der Anreiz der Reichen damals zur Reinvestition in der Industriegesellschaft groß, während heute die Reichen in den armen Ländern nach Investitionsmöglichkeiten in den reichen Ländern Ausschau halten (vgl. z. B. das sog. Recycling der Ölmilliarden), wodurch eine Verstetigung des Entwicklungseffekts und damit seine langfristige Mitteilung an die dortigen armen Schichten verhindert wird.

Es muß anerkannt werden, daß sich die Gewerkschaften durch ihre Führungen angesichts dieses Armutproblems stets auf der Seite jener befunden haben, die eine aktivere und opferbereitere Entwicklungspolitik gefordert haben. Es ist ihnen aber weder gelungen, ihre Mitglieder in dieser Sache zu mobilisieren, noch die Regierungen und Parlamente zur Bereitstellung entsprechender Mittel im notwendigen Umfang oder zur Entwicklung einer die armen Länder ins Menschenrecht versetzenden weltwirtschaftlichen Strategie zu bewegen. Sie haben es außerdem m. E. aus richtungspolitischen Gründen nicht verstanden, zu jenen Kräften in den armen und den stark disparitären Gesellschaften solidarische Unterstützungskontakte herzustellen, die um autonome Ressourcenkontrolle und ihre planmäßige und gleichmäßige Entwicklung kämpfen.

Neu ist, viertens, die Erfahrung, daß *auch die arme Welt ihre Führungsschicht besitzt*, sowohl innerstaatlich wie international, und diese Erfahrung ist für europäische Gewerkschaften, die im Verhältnis zu den Entwicklungsländern ohnehin oft auf die falsche Schalterseite zu sitzen kommen, spezifisch irritierend, weil in den Entwicklungsländern die Industriearbeiterschaft oft eine Rolle spielt, wie sie hierzulande eher vom Mittelstand oder von den leitenden Angestellten ausgeübt wird — anders ausgedrückt: es handelt sich um ein privilegiertes „unten“, mit dem die Gewerkschaften sonst gewöhnlich im Konflikt liegen. Auch dieses Problem der Schichtung in den Entwicklungsländern tritt wieder in einer innerstaatlichen und in einer gesamtgesellschaftlich-internationalen Form auf. An südamerikanischen Beispielen kann man am deutlichsten sehen, daß die sozialen Gegensätze innerhalb von Entwicklungsländern krasser und unvermittelter als in den „spätkapitalistischen“ Industriegesellschaften sein können und daß die sozio-kulturelle Trennungslinie zwischen vielen organisierten Industriearbeitern im engeren Sinne und der Massenarmut in den Slums im Weichbild der Großstädte oder auf dem Land vielfach schärfer gezogen ist als diejenige zum Bürgertum. Diese Zwischenstellung der organisierten Industriearbeiter in vielen Entwicklungsländern, die auch in bezug auf den Industrialisierungsmodus und die Beteiligung am Weltmarkt häufig Sonderinteressen

vertreten, erschwert bei internationalen Gewerkschaftskontakten, die durch geringen Organisationsgrad, richtungspolitische Aufsplitterung, wenn nicht Organisationsverbot in vielen Entwicklungsländern ohnehin sehr schwierig sind, den Blick der europäischen Kollegen auf den Problemgehalt der Entwicklungsgesellschaften.

In der Öffentlichkeit ist jedoch die andere Form der Schichtung sehr viel aufmerksamer zur Kenntnis genommen worden: nämlich die Heraushebung rohstoffreicher Länder in der Dritten Welt, die über Ansätze zur Kartellisierung entsprechender internationaler Rohstoffmärkte — wie im Fall des Erdöls die OPEC — die Ressourcenabgabe dosieren, den Weltmarktpreis anheben und ihr Nationaleinkommen z. T. spektakulär steigern konnten. Ausmaß und Rückwirkungen solcher Kartellierungsansätze auf die heimische Entwicklungsproblematik sind sehr unterschiedlich. Die Hauptfrage ist, ob es gelingt, diese Mehreinkünfte in gesamtgesellschaftlich konstruktive Investitionen zu lenken, die die gesellschaftliche Reproduktionsbasis auch über die Phase des Rohstoffabbaus und -exports hinaus erweitern. Gerade in einer Reihe der spektakulärsten Fälle neureicher Ölländer scheint dies nicht der Fall zu sein, z. B. wenn die Mehreinnahmen im spätfeudalen Prunk der Führungsschicht verpulvert oder auch an die Unterschichten ohne produktive Strukturveränderung teilweise einfach weitergegeben werden; aber auch eine einseitige und rabiate Modernisierungsdiktatur wie im Iran kann fatale kulturelle Widersprüche produzieren. Wegen der Umsetzungsschwierigkeiten versuchen deshalb einige dieser Länder die Übergangsphase ihres Ressourcenreichtums zu strecken, sei es durch eine radikale Drosselung des Exports (was aber nahe an die militärische Intervention der Abnehmerländer des Nordens führen kann) oder durch eine Reinvestition der Mehreinnahmen im rentableren Norden sozusagen als einem dynamischen Sparstrumpf (aber dieses sog. Recycling der Ölmilliarden nach Europa und Nordamerika führt im Weltmaßstab nur zu einer Beschleunigung der Auseinanderentwicklung der reichen und der armen Länder, wenn auch auf Pump). Eine Strategie gewerkschaftlicher Reaktionen auf diese Problemkonstellation ist noch nicht in Sicht: in den Industriestaaten werden die Verteilungsspielräume enger, während der Rationalisierungsdruck zunimmt und gewerkschaftlicher Gegendruck in den flexiblen, komplizierten und weltweit verflochtenen Verfügungsstrukturen des Kapitals immer seltener einen Adressaten festmachen kann.

Dies scheint auch auf einer anderen Ebene das Kernproblem zu sein, die hier als letzter Punkt angeführt sei: im Kampf um eine *neue Weltwirtschaftsordnung*. Im letzten Jahrzehnt hat es mehrfach Anläufe gegeben, die Probleme der „Vierten Welt“ mit den Druckmitteln der Rohstoffoligopole in den Entwicklungsländern zu verbinden. Diese Verbindung ist aufgrund der differenzierten Interessenstruktur zwar bisher sehr brüchig geblieben, aber die Widerstände des Nordens - und dazu gehören in diesem Zusammenhang vielfach auch gewerkschaftliche Widerstände - stärken die Gemeinsamkeit. Im wesentlichen geht es um drei Problembereiche: erstens um den Zugang zu den Konsumentenmärkten der Industriegesellschaften

für die agrarischen und gewerblichen Produkte der Entwicklungsländer, die auf diesen Märkten die einheimische Konkurrenz gewöhnlich unterbieten und damit auf Spezialbereiche abdrängen könnten. In den einschlägigen Branchen haben deshalb die Gewerkschaften aus Furcht vor einem weiteren Abbau entsprechender Arbeitsplätze mit dem Vorschlag eines progressiven Protektionismus reagiert: die Importe aus den Entwicklungsländern sollen durch eine Sozialsteuer künstlich verteuert (damit aber auch weitgehend verhindert werden) und die Erträge dieser Steuer sollen der Entwicklungshilfe und für strukturelle Anpassungen zur Verfügung gestellt werden. Zweitens geht es darum, daß die Energie- und Rohstoffexporte aus den Entwicklungsländern am Weltmarkt höhere Preise erzielen. Zwar ist die Notwendigkeit solcher Preiserhöhungen kaum zu bestreiten, wenn die Ausbeutung der Dritten Welt vermindert und sie Eigenmittel zur Entwicklung erhalten soll. Aber höhere Importpreise für Rohstoffe sind in den Industrieländern ein wachsender Kostenfaktor, der auf die Lohnkosten drückt und Rationalisierungsinvestitionen verlohnt, wodurch die Gewerkschaften sich durch ihre unmittelbare Interessenlage zum Bremsen gezwungen fühlen. Schließlich geht es drittens um den Aufbau eines internationalen institutionellen Instrumentariums, um die Ergebnisse der politischen Auseinandersetzungen zwischen Nord und Süd auch tatsächlich in die Regulierung der Kapital-, Arbeits-, Rohstoff- und Produktenmärkte umsetzen zu können. Dies würde sich vor allem als eine Kontrolle der privaten Verfügungsmacht in den Unternehmen und Banken des Nordens auswirken, was auf den ersten Blick ja auch das Interesse der Gewerkschaften sein müßte. Sie zeigen sich jedoch derzeit - mehr noch als über den Inhalt entsprechender Abkommen - darüber besorgt, daß sie selbst an diesem Instrumentarium auch in angemessener Weise institutionell beteiligt werden, was natürlich angesichts der differenzierten Gewerkschaftslandschaft und ihrer z. T. andersartigen Rolle in den Drittländern nicht ganz einfach ist. Ohne eine solche Beteiligung müßten sie nämlich befürchten, daß kurzfristige Interessenharmonien zwischen speziellen Kapitalisten des Nordens und speziellen Staatsführungen des Südens über den Kopf der Betroffenen hinweg zu Fehlkonstruktionen nach dem Vorbild der Weltmarktfabriken führen.

Auf der einen Seite ist es wegen der außerordentlichen Komplexität der in sie eingehenden Voraussetzungen und Interessen leicht vorstellbar, daß eine solche internationale Entscheidungs- und Kontrollstruktur nur schwer zustande kommen könnte und sich vermutlich zu einem immobilen, lastenden Verhinderungsgewebe auswachsen würde. Auf der anderen Seite zeigen auch die Erfahrungen in Europa - das in der EG über sehr viel mehr an staatlichem Instrumentarium als die Nord-Süd-Beziehungen verfügt - daß eine Selbstkontrolle des Nordens nicht funktioniert. Hier sind die Entscheidungen auf sovielen Ebenen verteilt (wie das Unternehmen, die Branche, das Land, den Staat, die EG, der Kreis der der EG assoziierten Staaten in Südeuropa, in Asien, Afrika und Lateinamerika, sowie im „Club der Reichen“, der die führenden Länder der EG mit den USA, Kanada und Japan vereinigt) und auf

jeder Ebene gibt es politische Gegengewalten und Konkurrenzen, so daß Entscheidungen nicht zugespitzt, d. h. nicht politisch verantwortet, sondern nur in lange Verfahrenswege umgeleitet werden können. Auf diesen Verfahrenswegen mögen zwar hier und da gewerkschaftliche Vertreter Berücksichtigung finden, aber die Auseinandersetzungen sind der Mitgliedschaft nicht mehr mitteilbar und entziehen sich insofern demokratischer Mitbestimmung. Die Apparate heben sich ab und werden in ein System des politischen Ausweichens hineingezogen, das letztlich die Wirksamkeit vermeintlich objektiver ökonomischer Strukturen eher bremsen als gestalten kann. Zwar meinen einige Beobachter, daß eine solche systematische Bremswirkung schon von Vorteil wäre, weil sie im wesentlichen eine Selbstbehinderung des Nordens bei der Ausplünderung des Südens darstellte. Damit würden aber auch die Forderungen der Entwicklungsländer nach Marktzugang und verbesserten Rohstoffpreisen auf die lange Bank geschoben.

Die Schwierigkeit einer Grundorientierung

Wie wir gesehen haben, sind die Gewerkschaften in allen Bereichen in die neuen Probleme der „internationalen Arbeitsteilung“ unmittelbar verwickelt und zwar in einer Weise, daß die Versöhnung ihrer solidarischen und emanzipatorischen Grundwerte mit den unmittelbaren Interessen, die sie zu vertreten haben, äußerst schwierig erscheint. Will man das nicht einfach hinnehmen, könnte man den Weg der praktischen Konkretisierung gehen und es ist kein Zweifel, daß man dann zahlreiche Differenzierungen an meiner schematischen Problembeschreibung anbringen müßte und sicher zu einer ganzen Reihe von Einzelvorschlägen kommen könnte. Aber im Nord-Süd-Konflikt sitzt der Teufel nicht zuerst im Detail, sondern in den größeren Zusammenhängen. Ich will gar nicht vorgeben, daß ich diese alle beurteilen oder auch nur mit hinlänglicher Sicherheit beschreiben könnte. Ich will nur drei mir besonders wichtig erscheinende Aspekte herausgreifen und einige Bemerkungen zu ihrem Problemgehalt machen: Wie verorten wir uns im Nord-Süd-Konflikt? Welche Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Wachstumsproblematik, die unmittelbar das gewerkschaftliche Selbstverständnis heute berührt? Und gibt es im Nord-Süd-Konflikt ein ähnlich brisantes Gewaltpotential, wie wir es vom Wettrüsten im Rahmen des Ost-West-Konflikts kennen?

Wer die Vorschläge zur Überwindung des Nord-Süd-Konflikts in der Bundesrepublik durchsieht, stößt auf eine gerade für gewerkschaftliche Positionen verwirrende Metaphorik, nämlich die der Entstehung einer neuen weltweiten Sozialpolitik. Wenn nicht rundheraus an die Entstehung des Sozialstaats im Europa des 19. und frühen 20. Jahrhunderts erinnert wird, sind doch die Leitbegriffe die einer „neuen Partnerschaft“ oder - bei den Konservativen - einer „sozialen Marktwirtschaft“. Damit wird jedoch eine Grundkonstellation beschworen, die sich auf die Faktoren Staat, Kapital und Arbeit (möglicherweise zuzüglich sozialreformerischer

und sozialwissenschaftlicher Ingredienzien) reduzieren läßt. In der Übertragung dieser Analogie auf den Nord-Süd-Konflikt wird ein in mehr als einer Hinsicht problematisches Verständnis deutlich. Denn zunächst einmal ist es unübersehbar, daß wir uns im Norden als die Unternehmerseite verstehen — mit anderen Worten, verlieren in diesen Modellen, versteht man sie als globale, die Gewerkschaften in den Industrieländern eine eigene Rolle und werden unter das Kapital subsumiert. Der Vergleich postuliert sodann die Vierte Welt als die unorganisierte Armut und Zusammenschlüsse wie die OPEC sozusagen als Gewerkschaften (wodurch erneut deren personale Qualität entgleitet). Und schließlich muß der Weltgeist selbst (hilfsweise eine Konferenz nach Art der UNO) die Rolle des Staates übernehmen, ohne dessen Vorab-Existenz keine Variante europäischer Sozialpolitik denkbar gewesen wäre. Die neue globale Sozialpolitik steht aber in einem fiktiven Raum, es mangelt ihr an einem Rahmen und autoritativen Handlungs- und Entscheidungsträgern.

Wenn also ein solches sozialpolitisches Weltmodell nach allen Seiten auseinanderfällt und seine Rollenzuweisungen gerade für Gewerkschaften inakzeptabel sind, bleibt der Export unserer jeweiligen Lesart vom Sozialstaat in die Entwicklungsländer. Aber auch das hat seine Probleme, die damit beginnen, daß darin der alte herrschaftliche Zugriff des Kolonisators, dann des Modernisators, jetzt des Sozialtechnokraten zum Ausdruck kommt, der weder uns noch den Menschen in den Entwicklungsländern ihre Subjektivität beläßt. Daneben gibt es trivialere Übertragungsprobleme: sehr häufig wird im Zusammenhang mit der Entwicklungshilfe der Ruf nach einem neuen globalen Marshallplan des Nordens für den Süden laut; tatsächlich besteht aber gar nicht die Möglichkeit, durch Kapitalexport und regionale Rationalisierung das Entwicklungsproblem zu lösen, weil die industrielle Qualifikationsstruktur der Arbeiter, Angestellten und Wissenschaftler, die den Marshallplan in Westeuropa zum Erfolg machte, in den meisten Entwicklungsländern nicht vorhanden ist, Kapitalinvestitionen also als solche noch keinen Ergänzungscharakter tragen und deshalb eher zu Weltmarktfabrikaten als zu einem Wirtschaftswunder führen dürften. Ein anderes Stichwort ist der Vorbildcharakter des wirtschaftsdemokratischen Modells (mixed economy verbunden mit Elementen der Mitbestimmung und Gemeinwirtschaft) für die Dritte Welt — auch hier müßte man sich fragen was uns zur Propagierung des Modells berechtigt, wenn die Ansätze zu seiner Verwirklichung bei uns gerade zurückgedreht werden. Ist es nicht ein altes Kolonialmotiv, Programme, die sich zu Hause nicht realisieren lassen, wenigstens im überseeischen Utopia experimentell zu verwirklichen?

All diese Modelldiskussionen führen offenbar nicht zu einer Überwindung der gewerkschaftlichen Orientierungskrise in Bezug auf den Nord-Süd-Konflikt, denn ihr Grundwert der Solidarität verbietet den Gewerkschaften sowohl die Rolle eines Arbeitsdirektors des industriegesellschaftlichen Kapitals im Außendienst als auch die des sozialtechnokratischen Praeceptors, der seine Programmierschaften exportieren will, noch bevor die Betroffenen über ihre Bedürfnisse und Wünsche über-

haupt zu Wort gekommen sind. Die Komplexität der internationalen, transnationalen und nationalen Konfliktstrukturen läßt sich auf kein sozialpolitisches Modell reduzieren. Die Gewerkschaften werden sich vielmehr - und in der Praxis internationaler Gewerkschaftspolitik tun sie dies auch vielfach - in den Entwicklungsländern gewerkschaftliche *und andere* Partner ihrer Solidarbeziehungen suchen müssen und durch gleichberechtigte Kommunikation Bereiche gemeinsamer Interessen ausmachen und erweitern müssen.

Der Zusammenhang des sozialpolitischen Modells mit der Wachstumsproblematik wirft noch einige zusätzliche Probleme auf. In der bürgerlichen Gesellschaft Europas konnte Sozialpolitik im Zuge der Wachstumsökonomie als Umverteilung von Zuwächsen und als Sparzwang (z. B. über Versicherungen) entstehen. In Phasen der Rezession blieb als sozialer Halt aber nur der letzte Aspekt, während die konsensstiftende Kraft der Zuwachsverteilung brüchig wurde. Soweit ist Entwicklungspolitik zwar nicht im entferntesten durchgesetzt; weitere Schritte in diese Richtung sind aber vorstellbar. Indessen: wenn die Perspektive der neuen Partnerschaft auf Wachstum gründet, was bedeuten dann die vieldiskutierten „Grenzen des Wachstums“ - die begrenzte Ausbeutbarkeit vieler Ressourcen, die vielfach bereits überstrapazierte Belastbarkeit der natürlichen Umwelt, der Widerstand der Betroffenen gegen Zielvorgaben, die ihnen nichts bedeuten, das Janusgesicht von Fortschritten, die im selben Zug Rückschritte (in der sozialen Sicherheit, in den Gemeinschaftsstrukturen, in der Umwelt, in den Wünschen nach Frieden und einem guten Leben) produzieren? Es ist schwer vorstellbar, daß die Menschen in den Industriegesellschaften den fragwürdig gewordenen Wachstumszwang hinnehmen würden, wenn seine materiellen Früchte exportiert werden. Unbeschadet der Notwendigkeit, zu einer Veränderung der weltwirtschaftlichen Ordnung zugunsten der armen Länder zu kommen, wirft deshalb der Nord-Süd-Konflikt ungleich prinzipiellere Fragen der gewerkschaftsprogrammativen Orientierung auf als die Erhöhung des Prozentsatzes der Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt um die eine oder andere Stelle hinter dem Komma. Womit die Bemühungen um eine Ausweitung oder doch Aufrechterhaltung des Umfangs staatlicher Entwicklungshilfe nicht gering geschätzt werden sollen; im Gegenteil.

Aber hinter der Wachstumsproblematik verbergen sich die Fragen der Umverteilung in einem weltweiten Maßstab und der Grad der Autonomie in der Bestimmung der eigenen Lebensqualität und sozialen Beziehungen. Würden wir das globale Modell der Sozialpolitik akzeptieren, begäben sich die Gewerkschaften auf die Bank derer, denen genommen und deren Ansprüche reduziert werden sollen. Und wir würden selbst die Sozialpolitik zurückdrehen, denn nun ginge es um eine andere Defensive gewerkschaftlicher Interessen, nämlich gegen noch Ärmere — ein altes Gewerkschaftsproblem, dem gerade die organisatorische Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung und der Ausbau des sozialen Netzes in Europa abhelfen sollten.

Hinter der Umverteilungsdrohung aber lauern Herde der Gewalt. Es bedarf freilich des Umdenkens, um zu erkennen, daß die Gewaltpotentiale des Nord-Süd-Konflikts eher im Norden als im Süden heranreifen. Es braucht die ganze überhitzte Phantasie eines schlechten Gewissens, um sich Stürme verhungender Neger oder Inder auf Europa vorzustellen; aber daß wir uns den Zufluß „unseres Öls“ zur Not auch durch Kanonenboote sichern — braucht es dazu viel Phantasie ? Die militante Radikalisierung der Verelendung, von der Marx einst die Schubkraft der Revolution erwartete, ist in der Tat eine geringe Bedrohung für die Völker des Nordens, denn Hunger und Krankheit sind schlechte Generäle, so bedrückend auch die Vorstellung ist, daß größere Teile der Dritten Welt zu Verzweiflungstaten getrieben werden könnten. Bedrückend vor allem deshalb, weil alle Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß sich solche Aktionen nicht direkt gegen die Industrieländer richten, sondern in eine Selbsterfleischung wie zwischen Iran und Irak oder wie in Biafra münden würden. Sehr viel akuter sind die traditionellen imperialistischen Strategien, Machtvakuen in Grenzzonen militärisch auszufüllen, wie es die Sowjet-Union jüngst in Afghanistan wieder vorgeführt hat; die Gefahr, daß die Länder des Nordens die Rüstungsarsenale der Entwicklungsländer (unter Recycling der Entwicklungshilfe) vollpumpen, um sie in den Stand zu setzen, Stellvertreterkriege zu führen; und vor allem die Ausbildung von Rückschlagsgewalt aus ökonomischen Pessimismus in den Industriegesellschaften selbst. Die Faschismusforschung hat immer wieder aufgezeigt, daß es nicht das Elend selbst ist, sondern die Furcht vor dem Verlust eines gehobenen Status, die zur Entbindung wirksamer Gewaltanwendung prädisponiert. Das sollte uns am ehesten Angst vor den Gewalt- und Vernichtungspotentialen unserer eigenen Gesellschaften machen. Gewiß, es waren Rechtsextremisten die hier und in anderen Industrieländern die latenten Aggressionen zwischen einheimischen und ausländischen Arbeitern in manifeste Gewalt umsetzten; aber ist die latente Gewalt nicht im Wachsen ? Gewiß, die Ansätze zu militärischen Interventionen in Iran oder El Salvador sind nicht ausgeweitet worden; aber empfinden nicht viele von uns im Norden die Selbstbestimmung in den Entwicklungsländern als eine schwere Kränkung unseres imperialistischen Stolzes ? Hat unsere Führungsmacht nicht alles nach Vietnam geworfen, dessen sie unter der atomaren Schwelle fähig war, nicht den Putsch in Chile inszeniert, standen wir nicht kurz vor einer Intervention am persischen Golf?

Globale Umverteilung und die Rolle einer Weltpolizei sind zwei Möglichkeiten der Befriedung der Dritten Welt. Es mag fraglich erscheinen, ob sich die Industrieländer eine von beiden unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise leisten können; es ist aber sicher, daß beide zusammen nicht zu finanzieren sind. Insofern ist der Traum einer friedlichen Weltherrschaft des Nordens ausgeträumt. Abrüstung könnte die Möglichkeit zur Umverteilung erweitern und die Gefahr der Gewaltpotentiale senken, sowohl in ihrer symbolischen Funktion als auch in ihrer Verhinderung von Verteilungsspielräumen. Aber auch mit einer solchen Option wären noch viele Pro-

bleme ungelöst. Wie kann das Gewaltpotential des ökonomischen Pessimismus und die ohnmächtige Wut über die Kränkung unseres Herrschaftsstolzes aufgelöst werden ? Wer soll über umverteilte Mittel verfügen ?

Anmerkungen zur gewerkschaftlichen Position

Die gewerkschaftliche Position steht durch die zunehmend spürbare Konfliktträchtigkeit der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge vor einer komplexen Herausforderung. Sie kann in keiner Richtung durch Patentrezepte beantwortet werden. Wer sowohl die Aufgabe der Gewerkschaften, die Interessen ihrer Mitglieder zu verteidigen, als auch ihre humane und solidarische Tradition, die stets auch über Mitgliedschaftsinteressen hinausgewiesen hat, ernst nehmen will, sieht sich vor schwer aufzulösende Zielkonflikte und problematische Ziel-Mittel-Relationen gestellt. Zunächst naheliegend erscheinende Antworten auf die Strategiefolge rücken bei näherer Betrachtung wieder in weite Ferne. Der Globalisierung der Kapitaloperationen Organisationen, in denen sich die „Proletarier aller Länder“ vereinigen, gegenüberzustellen, wirft nicht nur vielfältige organisatorische und kulturelle Schwierigkeiten auf; diese Vorstellung holt vielmehr die internationalen Verteilungskonflikte in die gewerkschaftliche Organisation selbst hinein. Ähnliche Ambivalenzen wurden bereits für den Export traditioneller Konzepte wie Wachstum, Mitbestimmung, Sozialstaat etc. erwähnt, besonders wenn es in den Entwicklungsländern an ihren konkreten historischen Voraussetzungen mangelt und sie zugleich in Europa an ihre Grenzen stoßen. Wir müssen uns zunächst also davor hüten, die Zusammenhänge zu verdrängen oder allzusehr zu verkürzen.

Dann können wir uns z. B. der grundlegenden Einsicht nicht entziehen, daß die arbeitenden Menschen in Nord und Süd nicht nur gleiche, sondern auch entgegengesetzte Interessen haben, nämlich im Rahmen der gegebenen Wirtschaftsstrukturen und ausweislich von Indikatoren, die gerade für die Gewerkschaften von zentraler Bedeutung gewesen sind, wie Arbeitsplätze und Lohnhöhe. Daß traditionelle Wachstumspolitik im Weltmaßstab diese Gegensätze verschwinden lassen wird, wer wird es nach Jahrzehnten der Wachstumspolitik und wachsender Gegensätze noch glauben ? Auf der anderen Seite haben gerade die Gewerkschaften das größte Interesse daran, daß der Nord-Süd-Konflikt nicht zu einem globalen Nullsummenspiel wird und den einen nur noch gegeben werden kann, was den anderen genommen wird. Auch eine Verbesserung der Kontrolle und Beteiligung an der wirtschaftlichen Verfügungsmacht oder ihre Überführung in die öffentliche Hand, wenn sie sich in den dynamischsten Industrienationen wie den USA, der Bundesrepublik oder Japan durchsetzen ließe, würde den Konflikt als solchen nicht beseitigen, sondern allenfalls die Formen seiner Austragung öffentlicher Legitimation unterwerfen.

Für die Gewerkschaften kommt es vor allem darauf an, aus der doppelten Defensive - gegen das Kapital einerseits, gegen die Konkurrenz ärmerer Kollegen und Länder andererseits — herauszukommen und größere Handlungsfreiheit im Nord-Süd-Konflikt zu gewinnen. Dies wird m. E. nur dann gelingen, wenn die verengten Vorstellungen von Politik als Wohlstandsoptimierung und von Gewerkschaften als Tarifmaschinen für ein breiteres Spektrum von Zielen, die jeweils gegeneinander abgewogen werden müssen, geöffnet werden. Ein produktiver Umgang mit dem Nord-Süd-Konflikt beginnt insofern bei unseren Vorstellungen vom guten Leben. Daß viele Menschen inner- und außerhalb der Gewerkschaften für komplexere Ziele aufgeschlossen werden, reduziert die Rolle der Gewerkschaften nicht, sondern erweitert ihre Aufgaben und gibt ihnen größere Freiheit zur Entkoppelung von der Dynamik des Kapitals. Der gewerkschaftliche Zentralbegriff der Solidarität bezeichnet dann nicht nur ein Kampfinstrument, sondern einen allgemeinen Wert, der wie Friede, humane Arbeit, kulturelle Entfaltung, natürliche Vielfalt, Soziabilität und ein erträgliches Gewissen zum guten Leben gehört.

Als Folge der neuen Entwicklungen in der Weltwirtschaft ist es ja nicht nur wahrscheinlich, sondern auch wünschenswert, daß die Expansion des Nordens zugunsten des Südens beschnitten wird. Solange dies nur als eine Niederlage empfunden würde, hätten wir uns unsere eigenen Handlungsmöglichkeiten genommen und ohnmächtige Wut oder gewaltsame Reaktionen wären die Folge. Ein breiteres Verständnis gewerkschaftlicher Ziele könnte uns aber in die Lage versetzen, in einer wachsenden Beteiligung der Entwicklungsländer am Wohlstand des Nordens zunächst einmal einen konstruktiven Ausdruck von Solidarität zu sehen und die Begrenzung von Einkommenszuwächsen bei uns im Lichte eines guten Lebens für erträglich zu halten. Dies würde die „nationale Gewerkschaftspolitik“ aus ihrer defensiven Stagnation herausführen und ihr eine Fülle konstruktiver Aufgaben eröffnen. Das beginnt mit der Aufklärung darüber, daß die wirtschaftliche Gesundung der Entwicklungsländer auch in unserem wohlverstandenen Eigeninteresse liegt, weil sie dem Frieden dient und durch fairere Bedingungen des internationalen wirtschaftlichen Austausches überhaupt eine Grundlage für dessen Zukunft schafft. Vor allem wird es darauf ankommen, ökonomische Lasten progressiv gestaffelt zu verteilen und sie in einen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit in den Industriegesellschaften zu verwandeln; durch Erweiterung von Mitbestimmung und Humanisierung der Arbeit und Verkürzung der Arbeitszeit strukturelle Kompensationen zu erwirken; und durch nationale und internationale Kontrollen der privaten Verfügungsmacht zu verhindern, daß — nach dem Vorbild der Weltmarktfabriken — Ansätze zur Umverteilung zwischen den reichen und den armen Ländern zu einer Umverteilung entarten, die den Armen in den reichen und den armen Ländern nimmt und den Reichen in den reichen Ländern gibt.